

(01.12.11.2016 –15.12.2016)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB*

## **14.12.2016 - Pelz: Pelzfarmen in Deutschland verbieten und Kennzeichnung verbessern**

Zur Studie des Deutschen Tierschutzbundes und Vier Pfoten zur Kennzeichnung von Pelzprodukten, erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutz- und Verbraucherpolitik:

Die Recherche der Verbände belegt, dass bei der Kennzeichnung von Pelzprodukten massiv getäuscht wird. Rund 90 Prozent der Menschen in Deutschland lehnen Pelz ab und wollen keine Mütze mit Pelzbommel oder Jacke mit Pelzbesatz. Doch Pelz und Kunstpelz sind oft nicht mit bloßem Auge voneinander unterscheidbar. Da ist es besonders fatal, wenn bei der Kennzeichnung getäuscht wird oder diese ganz fehlt.

Die Vorgaben zur Kennzeichnung müssen dringend verbessert werden. Die Tierart, das Herkunftsland und die Art der Haltung müssen klar benannt werden. Wenn Teile einer Jacke oder Mütze aus Fell sind, das von einem in China oder Russland in einem kleinen Gitterkäfig gehaltenen Fuchs stammt, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher auch genau das erfahren. Die Bundesregierung muss sich ein Beispiel an der Schweiz und Österreich nehmen, wo es deutlich bessere Kennzeichnungsregelungen und ein Haltungsverbot für Tiere zur Pelzherzeugung gibt.

Gemeinsam mit den Tierschutzorganisationen fordern wir seit Jahren ein Verbot der Pelztierhaltung. Obwohl Minister Schmidt bereits vor über einem Jahr in der Presse angekündigt hat, Pelzfarmen in Deutschland zu verbieten, ist er heute noch keinen Schritt weiter. Der Gesetzentwurf des Bundesrates, der genau das fordert, versauert in den Schubladen des Ministers und der Union, weil seine eigene Unionsfraktion ihm die Gefolgschaft verweigert und sich schützend vor die tierquälische Pelztierhaltung stellt. Das ist Arbeitsverweigerung und ein Armutszeugnis für die Bundesregierung.

*Nicole Maisch, MdB*

## **14.12.2016 - Keine Hormongift-Zulassung für den Freihandel!**

Ausdrücklich aus Rücksicht auf CETA und TTIP will die EU-Kommission bei der Regulierung von Hormongiften in Pestiziden den Vorsorgegrundsatz aufweichen, wie ein jetzt bekanntgewordenes Protokoll eines Treffens von EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis mit Botschaftern aus den USA, Kanada, Argentinien,

Brasilien und Uruguay belegt (siehe EurActiv-Bericht: <http://gruenlink.de/1b5z>). Dazu erklären Harald Ebner, Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik, Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik:

Agrarminister Schmidt und Umweltministerin Hendricks müssen jetzt die EU-Kommission in Sachen Hormongifte stoppen. Die EU-Kommission darf unser zentrales europäisches Schutzprinzip nicht den Interessen der Chemieindustrie opfern. Genau das aber macht sie mit den geplanten Ausnahmen vom Verbot hormonell wirksamer Pestizidwirkstoffe, auch endokrine Disruptoren oder Hormongifte genannt.

Das jetzt bekannt gewordene Protokoll bestätigt die Befürchtungen im Hinblick auf die Freihandelsabkommen CETA und TTIP: Die EU-Kommission selbst hat hinter verschlossenen Türen ihre Abweichung von Vorsorgeprinzip und Gefahrenansatz als Entgegenkommen an das System der Handelspartner erklärt. Damit ist klar: CETA und TTIP gefährden sogar schon dann unsere Gesundheit, wenn sie noch gar nicht abgeschlossen oder ratifiziert sind, weil die EU-Kommission in voreilem Gehorsam unsere etablierten Vorsorgestandards kassiert. Am Fall der Hormongifte zeigt sich erneut: Die EU betreibt für TTIP und CETA im voreilem Gehorsam eine Absenkung des EU-Schutzniveaus. Diese Abkommen stellen eine Gefahr für Umwelt- und Verbraucherinteressen dar und müssen in ihrer jetzigen Form gestoppt werden.

Der EU-Kriterienentwurf für die Regulierung von Hormongiften widerspricht eklatant dem Vorsorgeprinzip. Trotzdem sollen die Mitgliedstaaten jetzt schon am 21. Dezember diese untauglichen Kriterien beschließen, entgegen massiver Kritik von Wissenschaftlern, Umwelt- und Verbraucherverbänden und mehreren Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Schweden. Dazu darf es nicht kommen!

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag (im Anhang) auf, sich für grundlegende Veränderungen an den vorgeschlagenen EU-Kriterien einzusetzen und sie andernfalls in Brüssel abzulehnen. Über diesen Antrag wird morgen gegen 13 Uhr (TOP 34) im Bundestag ohne Debatte abgestimmt.

Hintergrund:

Wo nach bisherigem EU-Recht ein Kontakt mit der Umwelt weitestgehend ausgeschlossen sein muss („vernachlässigbare Exposition“), will die Kommission bei einer positiven Risikobewertung

(„vernachlässigbares Risiko“) die Ausbringung von endokrinen Disruptoren erlauben.

Die zudem von der Kommission geplanten extrem hohen Beweislasthürden für die Identifizierung dieser Stoffe werden nach Einschätzung wissenschaftlicher Experten dazu führen, dass nur sehr wenige Substanzen überhaupt aus dem Verkehr gezogen werden. So wird nicht nur der Nachweis einer schädlichen Wirkung, sondern auch der Beleg für den zugrundeliegenden Wirkmechanismus verlangt, obwohl der, wenn überhaupt, nur extrem schwierig und langwierig zu erbringen ist. So existieren sehr oft noch gar keine geeigneten Testmethoden für die Ermittlung des endokrinen Wirkmechanismus. Damit wird das EU-Vorsorgeprinzip, bei ausreichenden Hinweisen auf die Gefährdung von Mensch und Umwelt einzugreifen, auch über diese Vorgabe außer Kraft gesetzt.

Die Bundesregierung ist bisher untätig geblieben und verweigert wiederholt eine Stellungnahme zum Kriterienentwurf der EU-Kommission, wie sie uns auf mehrere Anfragen hin mitteilte. Anders als andere EU-Staaten, die bereits frühzeitig deutliche Kritik am Vorschlag der EU-Kommission geäußert haben, welcher in den Grundzügen bereits seit Mitte Juni 2016 vorliegt, bleibt die Bundesregierung ein eindeutiges Einstehen für das Vorsorgeprinzip bisher schuldig.

#### *Kreisverband*

#### **08.12.2016 - Das Wahl der Stadt im Blick haben**

„Die Wahl in Potsdam ist nicht an einer Person gescheitert, sondern an instabilen Mehrheiten. Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr zeigte sich das dortige Kommunalparlament als wenig handlungsfähig. Das muss uns in Kassel eine Warnung und Aufforderung sein, das politische Handeln nicht in persönlichen Anfeindungen oder Befindlichkeiten enden zu lassen, sondern wieder pragmatische Lösungen zu suchen.“ sagen Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic, die Vorsitzenden der Kasseler Grünen.

Kommunalpolitik müsse sich wieder stärker sachlich orientieren. „Gerade politische Wahlbeamten stehen für die sachliche Kontinuität in der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Die Kritik an Christof Nolda wird von der deutschlandweiten Fachöffentlichkeit durch Preise und positive Berichte widerlegt. Die erfolgreichen Projekte zeichnen die Entwicklung Kassels zu einer dynamischen und lebenswerten Stadt aus.“ sagen Gronemann und Mijatovic. Zu nennen sei der Altmarkt, der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße sowie die zahlreichen Bauvorhaben in der Stadt. Gegen platte Vorurteile und persönliche Anfeindungen stellen die Kasseler Grünen das mutige Wirken Noldas heraus, nie aufgesteckt zu haben und stets neue komplexe Aufgaben angegangen zu sein.

„Nolda ist eine ausgezeichnete Wahl für das schwierige Amt des Stadtbaurates. Potsdam hat eine

hervorragende Chance leichtfertig verspielt. Jetzt müssen wir in Kassel aufpassen, dass wir als Stadt nicht dieselben Fehler machen und handlungs- und entwicklungsfähig bleiben. Das Stadtparlament braucht eine stabile Mehrheit, um den Haushalt 2017 zu verabschieden und um die zahlreichen Bauprojekte aus dem kommunalen Investitionsprogramm nicht zu gefährden.“ mahnen Gronemann und Mijatovic die Parteien, sich wieder um Lösungen zu bemühen statt persönliche Angriffe herauszustellen. „Individuelle Ambitionen und ehrenrührige Unterstellungen bringen die Stadt Kassel nicht weiter.“

#### *Rathausfraktion*

#### **08.12.2016 - Pestizidfreie Kommune – Mehr Informationen für Privatpersonen**

„Die Auswirkungen der sogenannten Spritzmittel auf die Umwelt sind bekannt: sie reichen vom Rückgang der Artenvielfalt und sterbenden Ökosystemen bis zu negativen Folgen beim Menschen“, stellt Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, fest. „Um auch Privatgrundstückbesitzer\*innen über die Risiken von Pestizideinsätzen aufzuklären, soll auf Anregung der Grünen demnächst eine Internetseite der Stadt Kassel Auskunft geben, wie sich Pestizideinsätze vermeiden lassen.“

„Die Stadt Kassel geht bereits mit gutem Beispiel voran. Ebenfalls auf Vorlage der Grünen setzt das Umwelt- und Gartenamt auf alternative Methoden. Das kommt nicht nur dem Schutz unserer biologischen Vielfalt zu Gute, auch die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger profitiert davon“, so Hesse weiter. Die Stadt Kassel greife zu sanfteren und vor allem umweltfreundlicheren Mitteln. Mit Bürstensystemen, Gasbrennern, Dampfgeräten und Heißschaum aus Mais und Kokos rücke man dem Unkraut zu Leibe. „Jetzt gilt es, Privatpersonen über diese Alternativen zu informieren, damit auch in den Gärten keine gesundheits- und umweltschädlichen Substanzen ausgebracht werden.“

#### *Nicole Maisch, MdB*

#### **06.12.2016 - Tierschutz: Illegalen Welpenhandel eindämmen**

Zur aktuellen Statistik des Deutschen Tierschutzbundes zum Welpenhandel erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik:

Die Statistik ist bedrückend: Der illegale Welpenhandel boomt. Hundebabys werden viel zu jung und ohne notwendige Impfungen verkauft. Darunter leiden die Welpen, aber auch deren Muttertiere, die von verantwortungslosen Züchtern als Gebärmaschinen missbraucht werden.

Die aktuellen Zahlen zeigen auch: Hier versagt die Politik der Bundesregierung. Letztes Jahr zu

Weihnachten hat Minister Schmidt nette Fotos von sich mit niedlichen Hundewelpen unterm Weihnachtsbaum inszenieren lassen und versprochen, gegen den illegalen Welpenhandel vorzugehen. Doch leider beschränkt sich die politische Arbeit des Ministers auf Ankündigungen. Am Leid der Hundewelpen ändert das überhaupt nichts.

Notwendig sind gesetzliche Änderungen, wie etwa eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen. Das würde auch die Rückverfolgung von verlorenen, entlaufenen und ausgesetzten Tieren erleichtern. Auch der Handel im Internet muss verstärkt unter die Lupe genommen werden. Tiere sind keine Sachen, die man im Paket quer durch die Republik verschicken kann. Außerdem müssen die Tierheime deutlich gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden, so dass diese nicht länger auf den Kosten sitzenbleiben, sondern die Tiere weiterhin gut versorgen und weitervermitteln können.

*Karin Müller, MdL*

#### **05.12.2016 - Hessens LOEWE-Förderung wird fortgeführt**

Das Forschungsförderungsprogramm LOEWE investiert zusätzlich 29 Millionen Euro in die bestehenden LOEWE-Forschungsprojekte. Damit setzt das Land Hessen auch in 2017 wissenschaftspolitische Impulse und stärkt die Forschungslandschaft nachhaltig.

Dazu die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller: „Die Bilanz des LOEWE-Programmes ist äußerst eindrucksvoll. Mit LOEWE hat das Land ein Förderprogramm, welches aufgrund seiner wettbewerblichen Konzeption und seines Finanzierungsvolumens deutschlandweit im Ländervergleich einzigartig ist.“ Aus Kasseler Sicht erfreulich, sind Zuwendungen, die Projekten der Universität Kassel zugutekommen.

Mit 877.500 Euro wird das interdisziplinäre Projekt Tier-Mensch-Gesellschaft der Uni Kassel gefördert. Der Schwerpunkt setzt bei aktuellen Debatten über den Umgang mit Tieren an, greift aber bewusst über sie hinaus. Ein Ziel ist es, diese Diskussionen durch systematische Grundsatzüberlegungen voranzubringen. Mit weiteren 400.000 Euro unterstützt die Landesregierung das Projekt „Always Online?“ - ein neues Kommunikationsparadigma für die Kommunikationsgesellschaft. Zentrales Ziel ist die interdisziplinäre Erforschung und Gestaltung eines neuen gesellschaftlichen Kommunikationsparadigmas (Social Link) für eine optimierte Gestaltung der Arbeit von Wissensarbeitern und die Unterstützung der Work-Life-Balance.

„Das seit 2008 aufgebaute LOEWE-Programm hat bis 2016 rund 671 Millionen Euro für das Forschungsförderungsprogramm bereitgestellt und sich längst zu einem festen Bestandteil der hessischen Forschungsförderung entwickelt. Ein großer Gewinn

für die Innovationsfähigkeit und die Zukunftsfestigkeit Hessens“, lobt Müller.

*Nicole Maisch, MdB*

#### **01.12.2016 - Alarmierende Tierversuchstatistik: Mehr Engagement für tierversuchsfreie Forschung dringend nötig**

Anlässlich der Veröffentlichung der Tierversuchstatistik durch das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik, und Kai Gehring, Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung: Die Anzahl der Tierversuche bleibt erschreckend hoch. Knapp drei Millionen Tiere wurden im letzten Jahr in Tierversuchen "verbraucht". Alarmierend ist der Anstieg der Versuche an gentechnisch veränderten Tieren und Affen. Besonders auffällig ist der Anstieg der Versuche im Bereich der Grundlagenforschung. Dass sich die Anzahl der Versuche in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt hat, widerspricht dem Ziel der Bundesregierung und der EU-Kommission, Tierversuche zu reduzieren, durch Alternativmethoden zu ersetzen und Tierleid zu vermeiden.

Die Tierversuchstatistik ist ein Armutszeugnis für die Politik von Landwirtschaftsminister Schmidt und Forschungsministerin Wanka. Sie belegt, dass sie das selbstgesteckte Ziel, das Leben der Tiere in Deutschland zu verbessern, nicht erreichen. Die Zeit politischen Nichtstuns muss endlich vorbei sein. Schmidt und Wanka müssen tierversuchsfreien Alternativmethoden zum Durchbruch verhelfen. Diese sind nicht nur mit weniger Tierleid verbunden, sondern mitunter auch deutlich zuverlässiger als Versuche an Tieren. Neben der Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstier-Verordnung muss die Erforschung von Alternativmethoden gestärkt und deren Anerkennung und Anwendung beschleunigt werden.

*Rathausfraktion*

#### **01.12.2016 - Rot-Grün: Der Haushaltsplan 2017 hat oberste Priorität**

„Der Haushaltsplan 2017 hat für uns oberste Priorität“, stellen Dr. Günther Schnell und Dieter Beig für die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam fest. „Das ist natürlich kein politischer Selbstzweck, sondern sichert die vielen wichtigen Ausgaben und Investitionen in Kinder und Jugendliche, in Sport, in Kultur und viele weitere Bereiche mehr, die ohne einen positiven Beschluss der Stadtverordneten nicht möglich wären.“

„Trotz der fehlenden Zustimmung zum Haushaltsplan im Finanzausschuss, sehen wir der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung durchaus positiv entgegen. Zumindest bauen wir auf die Signale der

FDP-Fraktion, dass der Haushalt in der entscheidenden Sitzung eine Mehrheit finden wird“, so Schnell weiter. „Zumal keine Rede davon sein kann, dass dieser Haushalt für ein rot-grünes ‚Weiter-so‘ stehe, sondern in ganz entscheidenden Bereichen wie Jugend und Bildung, aber auch Verkehr und Stadtentwicklung für neue Mehrheiten geöffnet wurde“, ergänzt Beig. „Diese inhaltlichen Angebote, inklusive der Änderung der Parkgebühren, gelten nach wie vor“, machen Schnell und Beig ihre Kompromissbereitschaft gemeinsam deutlich. „Das war Teil der gemeinsamen Verhandlungen zum Haushalt und daran halten wir uns auch.“ Unter welchen inhaltlichen und personellen Bedingungen eine Kooperation über die nächsten Jahre tragen könne, müsse getrennt von den Haushaltsverhandlungen diskutiert werden.